

Warum helfen die USA nicht dabei, ein friedliches Ende des Krieges in der Ukraine auszuhandeln?

Von Jeffrey D. Sachs

Um Himmels willen, verhandelt!

Zum fünften Mal seit 2008 bietet Russland Verhandlungen mit den USA über Sicherheitsvereinbarungen an, dieses Mal in Form von Vorschlägen von Präsident Wladimir Putin vom 14. Juni 2024. Viermal zuvor lehnten die USA das Verhandlungsangebot zugunsten einer neokonservativen Strategie zur Schwächung oder Zerlegung Russlands durch Krieg und verdeckte Operationen ab. Die Taktik der US-Neokonservativen ist katastrophal gescheitert, hat die Ukraine zerstört und die ganze Welt in Gefahr gebracht. Nach all der Kriegstreiberei ist es an der Zeit, dass Biden Verhandlungen über den Frieden mit Russland aufnimmt.

Seit dem Ende des Kalten Krieges besteht die große Strategie der USA in der Schwächung Russlands. Bereits 1992 vertrat der damalige Verteidigungsminister Richard Cheney die Ansicht, dass nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 auch Russland zerstückelt werden sollte. Zbigniew Brzezinski war 1997 der Meinung, dass Russland in drei lose konföderierte Einheiten in Russisch-Europa, Sibirien und dem Fernen Osten aufgeteilt werden sollte. 1999 bombardierte die US-geführte NATO-Allianz den russischen Verbündeten Serbien 78 Tage lang mit der Anweisung, Serbien zu spalten und im abtrünnigen Kosovo einen massiven NATO-Militärstützpunkt zu errichten. Führende Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes der USA unterstützten Anfang der 2000er Jahre lautstark den Tschetschenienkrieg gegen Russland.

Um diese Vorstöße der USA gegen Russland zu gewährleisten, drängte Washington aggressiv auf die NATO-Erweiterung, obwohl Michail Gorbatschow und Boris Jelzin Versprechungen gemacht wurden, wonach sich die NATO keinen Zentimeter östlich von Deutschland bewegen würde. Am stärksten drängten die USA auf die NATO-Erweiterung um die Ukraine und Georgien, um die russische Flotte in Sewastopol (Krim) mit NATO-Staaten zu umgeben: Ukraine, Rumänien (NATO-Mitglied 2004), Bulgarien (NATO-Mitglied 2004), Türkei

(NATO-Mitglied 1952) und Georgien – eine Idee, die direkt aus dem Spielbuch des britischen Empire im Krimkrieg (1853-6) stammt.

Brzezinski stellte 1997 eine Chronologie der NATO-Erweiterung auf, die auch die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine im Zeitraum 2005-2010 vorsah. Tatsächlich schlugen die USA auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens vor. Bis 2020 wurde die NATO in der Tat um 14 Staaten in Mitteleuropa, Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion erweitert (1999 um die Tschechische Republik, Ungarn und Polen; 2004 um Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien; 2009 um Albanien und Kroatien; 2017 um Montenegro und 2020 um Nordmazedonien), wobei der Ukraine und Georgien eine zukünftige Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde.

Kurz gesagt, das 30-jährige US-Projekt, das ursprünglich von Cheney und den Neokonservativen entwickelt und seitdem konsequent fortgeführt wurde, zielte stets auf die Schwächung oder gar Zerlegung, sowie auf die Umzingelung Russlands mit NATO-Truppen und die Darstellung Russlands als kriegerische Macht ab.

Vor diesem düsteren Hintergrund hat die russische Führung wiederholt vorgeschlagen, mit Europa und den USA Sicherheitsvereinbarungen auszuhandeln, die allen betroffenen Ländern und nicht nur dem NATO-Block Sicherheit bieten würden. Gemäß dem neokonservativen Aktionsplan verweigerten die USA bei jeder Gelegenheit Verhandlungen und versuchten, die Schuld für das Ausbleiben von Verhandlungen auf Russland zu schieben.

Im Juni 2008, als die USA die Ausweitung der NATO auf die Ukraine und Georgien vorbereiteten, schlug der russische Präsident Dmitri Medwedew einen Europäischen Sicherheitsvertrag vor und forderte kollektive Sicherheit und ein Ende des Unilateralismus der NATO. Es genügt zu sagen, dass die USA keinerlei Interesse an Russlands Vorschlägen zeigten und stattdessen ihre seit langem bestehenden Pläne für die NATO-Erweiterung weiterverfolgten.

Der zweite russische Verhandlungsvorschlag kam von Putin nach dem gewaltsamen Sturz des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Februar 2014, mit aktiver Komplizenschaft, wenn nicht sogar unter der Führung der US-Regierung. Ich erlebte die Komplizenschaft der USA aus nächster Nähe, als mich die Regierung nach dem Staatsstreich zu dringenden Wirtschaftsgesprächen einlud. Als ich in Kiew ankam, brachte man mich auf den Maidan, wo man mir direkt von der Finanzierung der Maidan-Protteste durch die USA erzählte.

Die Beweise für die Mitschuld der USA an dem Staatsstreich sind erdrückend. Die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland wurde im Januar 2014 dabei aufgezeichnet, wie sie in einem Telefonat den Regierungswechsel in der Ukraine plante. In der Zwischenzeit reisten US-Senatoren persönlich nach Kiew, um die Protteste zu schüren (ähnlich wie chinesische oder russische Politiker, die am 6. Januar 2021 nach Washington kamen, um die

Massen aufzuwiegeln). Am 21. Februar 2014 vermittelten die Europäer, die USA und Russland ein Abkommen mit Janukowitsch, in dem dieser vorgezogenen Wahlen zustimmte. Doch die Putschisten hielten sich nicht an die Vereinbarung, übernahmen Regierungsgebäude, drohten mit weiterer Gewalt und setzten Janukowitsch am nächsten Tag ab. Die USA unterstützten den Putsch und erkannten die neue Regierung unverzüglich an.

Meiner Ansicht nach handelte es sich dabei um eine Standardoperation zum verdeckten Regimewechsel unter der Leitung der CIA, von denen es weltweit mehrere Dutzend gegeben hat, darunter vierundsechzig Vorfälle zwischen 1947 und 1989, die von Professor Lindsey O'Rourke akribisch dokumentiert wurden. Verdeckte Regimewechsel-Operationen sind natürlich nicht wirklich verborgen, aber die US-Regierung leugnet vehement ihre Rolle, hält alle Dokumente streng vertraulich und lässt die Welt systematisch im Dunkeln tappen: „Glaubt nicht, was ihr mit euren eigenen Augen seht! Die USA hatten nichts damit zu tun.“ Einzelheiten über die Operationen kommen schließlich durch Augenzeugen, Informanten, die erzwungene Freigabe von Dokumenten im Rahmen des Freedom of Information Act, die Freigabe von Dokumenten nach Jahren oder Jahrzehnten und Memoiren ans Licht, aber für eine wirkliche Rechenschaftspflicht viel zu spät.

In jedem Fall hat der gewaltsame Staatsstreich die ethnisch-russische Donbass-Region in der Ostukraine zur Abspaltung von den Putschisten veranlasst, von denen viele extreme russophobe Nationalisten waren und einige gewalttätigen Gruppen angehörten, die in der Vergangenheit Verbindungen zur Nazi-SS hatten. Fast sofort ergriffen die Putschisten Maßnahmen, um den Gebrauch der russischen Sprache selbst im russischsprachigen Donbass zu unterdrücken. In den folgenden Monaten und Jahren begann die Regierung in Kiew einen militärischen Feldzug zur Rückeroberung der abtrünnigen Regionen und setzte dabei neonazistische paramilitärische Einheiten und US-Waffen ein.

Im Laufe des Jahres 2014 rief Putin wiederholt zu einem Friedensabkommen auf, was im Februar 2015 zum Minsk-II-Abkommen führte, das auf einer Autonomie des Donbass und einem Ende der Gewalt auf beiden Seiten beruhte. Russland beanspruchte den Donbass nicht als russisches Hoheitsgebiet, sondern forderte stattdessen Autonomie und den Schutz ethnischer Russen innerhalb der Ukraine. Der UN-Sicherheitsrat billigte das Minsk-II-Abkommen, welches jedoch von den US-amerikanischen Neokonservativen unterwandert wurde. Jahre später brachte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Wahrheit ans Licht. Die westliche Führung behandelte das Abkommen nicht als feierlichen Vertrag, sondern als Verzögerungstaktik, um der Ukraine „Zeit zu geben“, ihre militärische Stärke auszubauen. In der Zwischenzeit starben bei den Kämpfen im Donbass zwischen 2014 und 2021 rund 14.000 Menschen.

Nach dem endgültigen Scheitern des Minsk-II-Abkommens schlug Putin im Dezember 2021 erneut Verhandlungen mit den USA vor. Zu diesem Zeitpunkt ging es nicht mehr nur um die NATO-Erweiterung, sondern auch um grundlegende Fragen der nuklearen Aufrüstung.

Schritt für Schritt hatten die amerikanischen Neokonservativen die nukleare Rüstungskontrolle mit Russland aufgegeben, indem die USA 2002 einseitig den ABM-Vertrag (Vertrag über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen) aufgaben, ab 2010 Aegis-Raketen in Polen und Rumänien stationierten und 2019 aus dem INF-Vertrag (Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag) ausstiegen.

Angesichts dieser großen Bedenken legte Putin am 15. Dezember 2021 den Entwurf eines „Vertrags zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien“ vor. Der wichtigste Punkt (Artikel 4 des Vertragsentwurfs) war das Ende des Bestrebens der USA, das NATO-Bündnis auf die Ukraine auszuweiten. Ich rief Ende 2021 den nationalen Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, an, um das Weiße Haus unter Biden zu Verhandlungen zu bewegen. Mein wichtigster Rat war, einen Krieg in der Ukraine zu vermeiden, indem man die Neutralität der Ukraine akzeptiert anstatt einer NATO-Mitgliedschaft, die für Russland eine klare rote Linie darstellt.

Das Weiße Haus lehnte den Ratschlag kategorisch ab und behauptete bemerkenswerter- (und stumpfsinniger)weise, die NATO-Erweiterung durch die Ukraine ginge Russland nichts an! Doch was würden die USA sagen, wenn ein Land in der westlichen Hemisphäre beschlösse, chinesische oder russische Stützpunkte aufzunehmen? Würden das Weiße Haus, das Außenministerium oder der Kongress sagen: „Das ist in Ordnung, das geht nur Russland oder China und das jeweilige Land etwas an?“ Nein. 1962 wäre es fast zu einem nuklearen Armageddon gekommen, als die Sowjetunion Atomraketen auf Kuba stationierte und die USA eine Seequarantäne verhängten und mit Krieg drohten, falls die Russen die Raketen nicht abziehen würden. Das US-Militärbündnis gehört ebenso wenig in die Ukraine wie das russische oder chinesische Militär in die Nähe der US-Grenze.

Das vierte Verhandlungsangebot Putins kam im März 2022, als Russland und die Ukraine nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Militäroperation, die am 24. Februar 2022 begann, beinahe ein Friedensabkommen geschlossen hätten. Russland strebte erneut ein großes Ziel an: die Neutralität der Ukraine, d. h. keine NATO-Mitgliedschaft und keine Stationierung von US-Raketen an Russlands Grenze.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj akzeptierte unverzüglich die Neutralität der Ukraine, und die Ukraine und Russland tauschten - unter geschickter Vermittlung des türkischen Außenministeriums - Dokumente aus. Ende März brach die Ukraine die Verhandlungen plötzlich ab.

Der britische Premierminister Boris Johnson, der in der Tradition der britischen antirussischen Kriegstreiberei steht, die bis zum Krimkrieg (1853-6) zurückreicht, flog tatsächlich nach Kiew, um Selenskyj vor der Neutralität zu warnen und darauf hinzuweisen, wie wichtig ein ukrainischer Sieg über Russland auf dem Schlachtfeld sei. Seitdem hat die Ukraine rund 500.000 Todesopfer zu beklagen und befindet sich auf dem Schlachtfeld in der

Krise.

Inzwischen liegt das fünfte Verhandlungsangebot Russlands vor, das Putin selbst in seiner Rede vor Diplomaten im russischen Außenministerium am 14. Juni klar und deutlich erläutert hat. Putin legte die von Russland vorgeschlagenen Bedingungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine dar.

„Die Ukraine sollte einen neutralen, bündnisfreien Status annehmen, atomwaffenfrei sein und sich einer Demilitarisierung und Entnazifizierung unterziehen“, sagte Putin. „Diese Parameter wurden bei den Verhandlungen in Istanbul im Jahr 2022 im Wesentlichen vereinbart, einschließlich spezifischer Details zur Entmilitarisierung, wie die vereinbarte Anzahl von Panzern und anderer militärischer Ausrüstung. Wir haben in allen Punkten einen Konsens erzielt.“

„Natürlich müssen die Rechte, Freiheiten und Interessen der russischsprachigen Bürger in der Ukraine in vollem Umfang geschützt werden“, fuhr er fort. "Die neuen territorialen Gegebenheiten, einschließlich des Status der Krim, Sewastopol, der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Regionen Cherson und Saporoschje als Teile der Russischen Föderation, sollten anerkannt werden. Diese Grundprinzipien müssen in Zukunft durch grundlegende internationale Abkommen formalisiert werden. Dazu gehört natürlich auch die Aufhebung aller westlichen Sanktionen gegen Russland.“

Lassen Sie mich ein paar Worte zum Thema Verhandlungsführung sagen.

Den Vorschlägen Russlands sollten am Verhandlungstisch nun Vorschläge der USA und der Ukraine gegenübergestellt werden. Das Weiße Haus liegt mit seiner Ablehnung der Verhandlungen falsch, nur weil es mit den Vorschlägen Russlands nicht einverstanden ist. Vielmehr sollten eigene Vorschläge unterbreitet und die Verhandlungen über ein Ende des Krieges aufgenommen werden.

Für Russland gibt es drei Kernfragen: Die Neutralität der Ukraine (Keine NATO-Erweiterung), der Verbleib der Krim unter russischer Führung und Grenzveränderungen in der Ost- und Südukraine. Die ersten beiden sind mit Sicherheit nicht verhandelbar. Das Ende der NATO-Erweiterung ist der grundlegende *Casus belli*. Die Krim ist für Russland ebenfalls von zentraler Bedeutung, da die Krim seit 1783 die russische Schwarzmeerflotte beherbergt und für die nationale Sicherheit Russlands von grundlegender Bedeutung ist.

Die dritte Kernfrage, die Grenzen der Ost- und Südukraine, wird ein zentraler Punkt der Verhandlungen sein. Die USA können nicht vorgeben, dass Grenzen unantastbar sind, nachdem die NATO 1999 Serbien bombardiert hat, um den Kosovo aufzugeben, und nachdem die USA Druck auf den Sudan ausgeübt haben, den Südsudan aufzugeben. Ja, die Grenzen der Ukraine werden als Ergebnis des zehnjährigen Krieges, der Situation auf dem

Schlachtfeld, der Entscheidungen der örtlichen Bevölkerung und der am Verhandlungstisch getroffenen Kompromisse neu gezogen werden müssen.

Biden muss akzeptieren, dass Verhandlungen kein Zeichen von Schwäche sind. Wie Kennedy es ausdrückte: "Verhandle nie aus Angst, aber habe nie Angst zu verhandeln". Ronald Reagan beschrieb seine eigene Verhandlungsstrategie bekanntlich mit einem russischen Sprichwort: "Vertraue, aber überprüfe".

Das Konzept der Neokonservativen gegenüber Russland, das von Anfang an wahnhaft und anmaßend war, liegt in Trümmern. Die NATO wird sich niemals auf die Ukraine und Georgien ausdehnen. Russland wird nicht durch eine verdeckte Operation der CIA zu Fall gebracht werden. Die Ukraine wird auf dem Schlachtfeld auf schreckliche Weise geschlagen und verliert oft 1.000 oder mehr Tote und Verwundete an einem einzigen Tag. Der gescheiterte Spielplan der Neokonservativen bringt uns dem nuklearen Armageddon näher.

Dennoch weigert sich Biden nach wie vor, zu verhandeln. Nach Putins Rede lehnten die USA, die NATO und die Ukraine Verhandlungen erneut entschieden ab. Biden und sein Team haben die neokonservative Fantasie, Russland zu besiegen und die NATO auf die Ukraine auszuweiten, noch immer nicht aufgegeben.

Das ukrainische Volk wurde von Selenskyj und Biden und anderen führenden Vertretern der NATO-Länder wiederholt belogen, indem sie fälschlicherweise behaupteten, die Ukraine würde sich auf dem Schlachtfeld durchsetzen und eine Verhandlungslösung bestünde nicht. Die Ukraine steht jetzt unter Kriegsrecht. Die Öffentlichkeit hat kein Mitspracherecht in Bezug auf ihr eigenes Blutbad.

Um des Überlebens der Ukraine willen und um einen Atomkrieg zu vermeiden, trägt der Präsident der Vereinigten Staaten heute eine übergeordnete Verantwortung: Verhandeln.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org